NIEDERSCHRIFT StuB/022/2007

über die Sitzung **des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 06.12.2007 im **Sitzungssaal des Rathauses.**

Vorsitzender:

Herr Jochen Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Florian Heuermann

Vertretung für Herrn
Thomas Hagemann

Herr Bernhard Kortmann

Herr Willi Krause

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Karl-Heinz Ueding

Herr Franz Becks

Frau Gabriele Mönning

Herr Hans-Joachim Spengler

Herr Klaus Wieling

Herr Heinz Roggenkamp

Vortragender Gast:

Herr Wessels

Architekt, zu TOP 1. ö.
S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Frau Michaela Besecke

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:40 Uhr

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

**1. 7. Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"
hier: Vorstellung des geänderten Plankonzeptes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Ausschussvorsitzende den Architekten der Antragstellerin, Herrn Wessels.

Herr Wessels stellt die geplante Bebauung in groben Zügen vor, auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Herr Wieling bezeichnet es als erfreulich, dass durch eine private Initiative eine solche Wohnform angestoßen wird. Es sei ja schon einmal überlegt worden, wie die Stadt in diesem Bereich tätig werden könne. Wenn die Bebauung so umgesetzt werden könne, wäre das ein schöner Anfang.

Nach einem Hinweis von Frau Dirks erklärt sich Herr Becks für befangen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Auf Nachfrage erläutert Herr Mollenhauer, dass in einem städtebaulichen Vertrag Zielvorgaben z. B. bzgl. der Verdichtung und der Erweiterung der Grünfläche gemacht werden können.

Frau Mönning erkundigt sich, um wie viel höher die Verdichtung auf diesem Grundstück sei.

Frau Besecke teilt mit, dass es sich nicht um eine überproportionale Verdichtung handele.

Frau Mönning gibt zu bedenken, dass das „Wohnen über 50“ zwar angestrebt werde, das Alter aber doch ausgetauscht werden könne und dann sei der Sinn des Ganzen in Frage gestellt. Das Alter der Bewohner sollte im städtebaulichen Vertrag festgeschrieben werden.

Herr Mollenhauer erläutert, dass in einem städtebaulichen Vertrag nicht alles geregelt werden könne. Er gehe davon aus, dass auf dem Grundstück das Wohnen über 50 tatsächlich verwirklicht werde. Es werde sicherlich schwierig sein, im Grundbuch abzusichern, dass dort nur Personen ab 50 wohnen dürfen. Im Laufe des Verfahrens werde aber darauf geachtet, dass das was gewollt ist auch umgesetzt wird.

Her Wieling führt aus, dass die Wohnanlage so konzipiert ist, dass dort über 50-jährige wohnen können. Dabei könne es durchaus sein, dass sich für ein paar Jahre etwas anderes ergebe, das bringe die Entwicklung so mit sich. Entsprechend starre Vorgaben sollten nicht gemacht werden. Die Planung sollte weiter auf den Weg gebracht werden.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Mit dem Plankonzept wird eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Zudem wird eine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13 a Abs. 1 Nr. 2 BauGB durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. 34. Änderung des Flächennutzungsplanes -Baugebiet Gantweger Bach-

Der Ausschuss folgt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Im Verfahren zur 34. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Aufstellung des Bebauungsplanes "Gantweger Bach"**

hier: Ergebnis der frühzeitigen Bürgeranhörung

Herr Wieling führt an, dass die in der Niederschrift wiedergegebenen Wortbeiträge schwer zu werten seien. Hieraus ein mehrheitliches Meinungsbild abzuleiten, sei sehr schwierig.

Herr Mollenhauer entgegnet, dass er die von den Ausschussmitgliedern in der Sitzung am 11. September 2007 vorgebrachten Punkte in der Bürgerversammlung deutlich vorgetragen habe. Hierüber sei intensiv diskutiert worden. Nach seiner Einschätzung habe sich die Mehrheit der Anwesenden für die Alternative I ausgesprochen.

Herr Wieling weist darauf hin, dass viele Bauinteressenten im Hinblick auf den Grundstückspreis nicht unbedingt erforderliche Gestaltungselemente ablehnten.

In der weiteren Erörterung werden verwaltungsseitig Fragen zum Erhalt und der Pflege des grünen Weges, zur abschnittweisen Erschließung und zur geplanten Kanalisation beantwortet.

Insbesondere zur abschnittweisen Erschließung ergibt sich aufgrund der von Herrn Wieling angestellten Überlegung eine längere Erörterung darüber, welcher Bereich zuerst erschlossen werden soll oder ob evtl. zwei Abschnitte separat erschlossen werden sollen.

Herr Krause macht schließlich deutlich, dass diese Diskussion heute hypothetisch sei und zurückgestellt werden sollte, bis bekannt sei, welche Grundstücke sich die Interessenten aussuchten.

Herr Wieling erklärt, dass er diese Überlegung angestellt habe, weil heute über die Variante I oder II entschieden werde. Wenn das Baugebiet in zwei Abschnitten erschlossen werden soll, dann biete sich die Variante II an, weil sie zwei separate Baugebiete ausweise.

Herr Mollenhauer legt dar, dass es zwischen den Varianten I und II für die Autofahrer keinen so großen Unterschied gebe. Wichtiger sei, dass die schwächeren Verkehrsteilnehmer nicht durch das Baugebiet zur Landstraße laufen müssen. Das sei bei beiden Varianten gewährleistet, in dem die Verbindung zum Brockmannweg genutzt werden kann.

Nach abschließender Beantwortung der Fragen der Ausschussmitglieder fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

- Den Anregungen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wird

- entsprechend den Erläuterungen im Sachverhalt gefolgt.
- Der Anregung zur Erhöhung der Trauf- und Firsthöhe für eine zweigeschossige Bauweise wird nicht gefolgt.
 - Auf der Grundlage der Planvariante I wird ein Bebauungsplanentwurf erarbeitet.
 - Mit dem Bebauungsplanentwurf ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. **Bebauungsplan "Kampstraße/Ludgeristraße"** **hier: Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung**

Frau Besecke erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage und geht insbesondere auf die Problematik mit den Nebenanlagen ein. Heute stehe zur Entscheidung, ob Nebengebäude auf der Grenze zugelassen werden sollen oder nicht. Wenn der Ausschuss mit dieser Variante einverstanden sei, könnte das illegal errichtete Gebäude als Nebengebäude bzw. Abstellraum genehmigt werden, wenn es auf eine Firsthöhe von 4,50 m und eine Wandhöhe von 3,00 m zurückgebaut werde.

Herr Becks macht deutlich, dass das ursprüngliche Gebäude nicht mehr vorhanden sei und es für das neu errichtete Gebäude keine Genehmigung gebe, also existiere das illegale Gebäude gar nicht. Deshalb müsse man auch nicht hierüber reden.

Herrn Wieling stört es, dass keine einheitliche Linie entstehe und wieder Ausnahmen zugelassen werden sollen. Garagen müssten 3,00 m von der Straßengrenze zurück bleiben, während Nebengebäude bis zur Straße errichtet werden dürfen.

Herr Dübbelde kann sich dies optisch ebenfalls nicht gut vorstellen.

Herr Roggenkamp schlägt vor, die Höhen für Nebenanlagen geringer festzusetzen.

Frau Besecke legt dar, dass man die Höhen nicht beliebig festsetzen könne, hierfür müsse es eine städtebauliche Begründung geben.

Er habe das Gefühl als wenn Gründe gefunden werden sollen, damit das illegale Gebäude bestehen bleiben kann, so Herr Roggenkamp.

Herr Wieling stellt die Überlegung an, dass nach einem Abbruch der Garagen neue Garagen um 3,00 m zurück bleiben müssten und auf diesen Flächen entlang der Kampstraße Nebenanlagen entstehen können.

Es bestehe auch die Möglichkeit, Nebengebäude in diesem Streifen auszuschließen, so Frau Besecke, wobei man sich mit der Begründung sehr viel Mühe geben müsse.

Frau Mönning macht deutlich, dass ein Schwarzbau entstanden sei, gegen den man sich erfolgreich gewehrt habe und weshalb jetzt ein Bebauungsplan aufgestellt werde. Wenn aber jetzt Nebengebäude bis an die Kampstraße gebaut werden dürfen und Garagen einen 3,00 m Abstand einhalten müssen, entstehe hierdurch keine Heilung des Schwarzbaues, sondern es ergebe sich eine kunterbunte Entwicklung. Die Probleme, die sich hieraus ergeben, halte sie für wesentlich größer.

Herr Wieling schließt aus den bisherigen Wortbeiträgen, dass mehrheitlich ein Abstand zur Kampstraße gewünscht wird. Oben an der Kampstraße sei der Abstand vorhanden. Es wäre konsequent, wenn diese Linie durchgezogen und nicht von Nebenanlagen unterbrochen werde. Er schlage deshalb vor, einen 3,00 m Abstand durchgehend festzusetzen und Nebengebäude in diesem Bereich auszuschließen.

Das illegal errichtete Gebäude müsse sich dann den Festsetzungen des Bebauungsplanes anpassen. Nach dem Verwaltungsvorschlag könne es nach einem Rückbau bestehen bleiben, während bei seinem Vorschlag auf dem Grundstück eine Garage mit einem 3,00 m Abstand errichtet werden könne.

Herr Mollenhauer führt aus, dass der Bebauungsplan in der Fassung, die offen gelegt werden solle, für die Offenlegung gebilligt werden müsse. Verwaltungsseitig würden daher die Änderungen im Plan und in der Begründung bis zur Beschlussfassung im Rat eingearbeitet werden, so dass der Beschlussfassung im Rat dann die geänderten Entwürfe zugrunde liegen würden (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Zur Baulücke Miltrup erläutert Frau Besecke mittels einer Fotomontage, dass dort ein zweigeschossiges Gebäude mit einem Flachdach geplant sei. Das Gebäude wäre mit ca. 6 m sehr schmal und würde den Festsetzungen der Gestaltungssatzung widersprechen, wobei das Nachbargebäude ebenfalls nicht diesen Festsetzungen entspreche. Sie tue sich sehr schwer, ein solches Gebäude über die Bebauungsplanaufstellung zuzulassen.

Herr Kortmann äußert, dass das geplante Gebäude wie ein Fremdkörper wirke.

Frau Mollenhauer sieht das ebenso, in der gewachsenen Struktur der Straße wäre das Haus ein absoluter Fremdkörper. Sie schlage vor, dass sich die geplante Bebauung an den Häusern der Umgebung orientieren sollte.

Die Festsetzungen bzgl. der Fassadengestaltung sollten offen gelassen werden, so Herr Wieling, weil der Antragsteller signalisiert habe, dass er gesprächsbereit sei.

Beschlussvorschlag für den Rat:

- Der Anregung von Frau Leising wird nicht gefolgt.

- Den Bedenken von Frau Leiers wird gefolgt.
- Der Anregung der Familie Miltrup, die Festsetzungen im Bebauungsplan entsprechend ihres geplanten Bauvorhabens zu fassen, wird nur teilweise gefolgt.
- Der Anregung von Herrn Reiling wird wie beschrieben gefolgt.
- Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung wird für die Offenlage gebilligt.
- Mit dem Bebauungsplanentwurf „Kampstraße/Ludgeristraße“ wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und nach § 4 Abs. 2 BauGB den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Errichtung einer Hähnchenmastanlage für 39.900 Tiere am Dielbach

Frau Besecke weist zur Klarstellung darauf hin, dass alle 3 beantragten Hähnchenmastanlagen im Landschaftsschutzgebiet liegen und es sich um gewerbliche Anlagen handele. Im Übrigen habe sie bereits bei den zuletzt beantragten Ställen ausgeführt, dass nach § 35 BauGB im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung Eignungsflächen ausgewiesen werden könnten. In vielen Gesprächen mit der Bezirksregierung sei man aber zu dem Schluss gekommen, dass dies zu einer fatalen Situation führen könne. Bei einer entsprechenden Planung müssten Bereiche festgelegt werden, in denen Ställe errichtet werden können bzw. wo sie ausgeschlossen seien. Aufgrund der Höhe und der Immissionswerte solcher Stallanlagen würden sich einige Flächen ergeben, die als Eignungsflächen ausgewiesen werden könnten und die sich nicht innerhalb der Hoflage, sondern in der freien Landschaft befinden. Ställe in der freien Landschaft wirkten sich nicht nur ungünstig auf das Landschaftsbild aus, sondern eine solche Planung sei darüber hinaus auch schwierig rechtlich zu begründen. Deshalb werde verwaltungsseitig vorgeschlagen, in jedem Einzelfall über eine direkte Steuerung der Standorte Einfluss zu nehmen.

Herr Wieling äußert seine Skepsis, dass man hiermit zu einem guten Ergebnis kommen werde. Herr Tauber habe im Bezirksausschuss angeregt, eine grundsätzliche Planung auf den Weg zu bringen, ohne die einzelnen Anträge „im Nacken zu haben“. Er befürchte, dass die Anträge, die noch gestellt werden, noch drastischer ausfallen als die, über die jetzt diskutiert werde. Sicherlich müsse den Landwirten die Möglichkeit gegeben werden, sich in den Bereichen betätigen zu können, nur müsse man in diesem Zusammenhang über Vorrangflächen also Gewerbegebiete reden. Es könne nicht immer über Einzelanträge entschieden werden, diese würden auf Dauer das Landschaftsbild stark verändern. Deshalb müsse eine planerische Ordnung angestrebt werden. Jeder Gewerbetreibende in Billerbeck müsse ja auch in ein Gewerbegebiet. Ihm gehe es nicht darum, Ställe zu verhindern, vielmehr solle den Investoren aufgezeigt werden, wo sie einen Stall errichten können. Auch müsse man nicht befürchten, dass

eine Planung viele auswärtige Investoren auf den Plan rufe, diese müssten ja erst einmal an die Flächen heran kommen. Nicht zuletzt stehe die Ansiedlung der großen Ställe im Kontrast zu den Zielsetzungen des ILEK- oder Leader-Prozesses.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass die jetzt beantragten Hähnchenmastställe im Gegensatz zu anderen Gewerbebetrieben im Außenbereich privilegiert seien. Bei den Hähnchenmastställen werde es nicht zu einer Lösung wie mit den Windenergieanlagen kommen. Wenn Eignungsbereiche an einer Stelle ausgewiesen werden, seien damit Anlagen an anderer Stelle nicht verhindert, weil die Gründe dargelegt werden müssen, warum sie an anderer Stelle nicht möglich sind. Die Fachbehörden hätten bestätigt, dass es voraussichtlich nicht gelingen werde, eine rechtssichere Planung zu erstellen.

Herr Wieling hält dem entgegen, dass immer Begründungen gefunden werden können, weshalb die Natur und die Landschaft geschützt werden müssen. Diese Begründungen seien in der Broschüre zur Regionale und den Erläuterungen zu den ILEK- und Leader-Projekten nachzulesen. Er habe zwar den Ställen, die in Hofnähe errichtet werden sollen, zugestimmt, er könne aber nicht akzeptieren, wenn in Zukunft noch mehr Anlagen beantragt werden.

Frau Mollenhauer stellt voran, dass man neben der touristischen Erschließung Billerbecks auch die landwirtschaftliche Prägung berücksichtigen müsse. Die Sorge, dass künftig immer mehr Anträge gestellt werden, teile sie nicht. Wenn über jeden Antrag einzeln entschieden werde, dann könne man doch immer noch Einfluss nehmen. Hinzu komme, dass die Motivation für die Beantragung der Hähnchenmastställe tlw. auch in dem Generationsproblem liege. Die Ställe könnten ein zweites Standbein der nachfolgenden Generation sein. Zu jedem Stall könne hier entschieden werden, ob er dort hinpasse oder nicht.

Frau Besecke erläutert, dass die größten Einflussmöglichkeiten in den Landschaftsschutzgebieten bestünden, außerhalb sei es dagegen schwierig. Hinsichtlich des versagten Einvernehmens zu dem in Aulendorf beantragten Stall gebe es noch keine Rückmeldung seitens der Bezirksregierung.

Frau Mönning weist Herrn Mollenhauer darauf hin, dass ein guter gemeinsamer Weg bzgl. der Ausweisung von Windeignungsfeldern gefunden wurde. Deshalb rate sie ihm, die großen Bedenken in diesem Fall über Bord zu werfen.

Der Argumentation von Frau Mollenhauer bzgl. der wirtschaftlichen Interessen und der nachfolgenden Generation hält sie entgegen, dass sie auch die Interessen der Innenstadtbewohner vertrete. In Bezug auf den Tourismus seien Ziele gesetzt worden. Viele Betriebe und Gaststätten in der Innenstadt lebten auch vom Tourismus. Sie dürften in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Herr Krause weist darauf hin, dass die Windkraftanlagen nicht mit Hähn-

chenmastställen vergleichbar seien. Ein Landwirt habe ursprünglich mit Viehhaltung zu tun und dazu gehörten auch Hähnchen. Der Landwirt habe das Privileg sich an Ort und Stelle erweitern zu können. Auch halte er es für legitim, wenn Landwirte sich wie Unternehmer verhalten. Wenn er die Ställe verhindern könnte, würde er es tun. Herr Mollenhauer und Frau Besecke hätten aber dargelegt, dass es keine rechtlichen Möglichkeiten gebe. Deshalb sei es müßig, sich hierüber zu unterhalten.

Herr Becks moniert, dass heute keine Aussage der Bezirksregierung über das versagte Einvernehmen des in Aulendorf beantragten Stalles vorliege. Die Antwort hätte zur Thematik beigetragen. Deshalb sehe er sich außerstande zurzeit weiter über die Anträge zu diskutieren.

Herr Kortmann fragt nach, inwieweit es möglich sei, dass mehrere Ställe hintereinander errichtet werden.

Frau Besecke erläutert, dass es sich bei allen beantragten Ställen um gewerbliche Anlagen handele. Die Anzahl von 39.900 Hähnchen hänge mit der Umweltverträglichkeitsprüfung zusammen. Bei einer Planung würden gerade die Bereiche der freien Landschaft überplant. In Eignungsflächen würde es dann eine Aneinanderreihung von Ställen geben. Das werde verwaltungsseitig als landschaftlich schlechter angesehen als die Errichtung einzelner Ställe in Hofnähe.

Für ihn sei wichtig, wenn er denn schon zähneknirschend zustimme, so Herr Krause, dass der Stall in Hofnähe errichtet werde. Mit dem Hinweis, dass man gesetzliche Grundlagen leider nicht ändern könne, stellt er den Antrag auf Abstimmung.

Herr Wieling macht deutlich, dass bis jetzt vernünftig diskutiert worden sei. Es sei unmöglich, mit einem Antrag auf Abstimmung diese Diskussion abzuwürgen.

Herr Dübbelde stellt den Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses zur Abstimmung.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB wird erteilt.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

6. Errichtung einer Hähnchenmastanlage für 39.900 Tiere in Osthellen

Herr Wieling und Frau Mönning erkundigen sich, ob der Verwaltung neben den bereits auf der Tagesordnung stehenden Anträgen noch weitere Anträge bekannt seien.

Frau Besecke teilt mit, dass in Richtung Aulendorf die Errichtung einer Stallanlage angedacht sei. Der Standort sei in dem der Sitzungsvorlage für den Bezirksausschuss beigefügten Lageplan mit einem Kreuzchen markiert.

Beschluss:

Zu dem geplanten Vorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB gegeben.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

7. Errichtung einer Hähnchenmastanlage für 39.900 Tiere in Alstätte

Frau Mollenhauer bezieht sich auf die Vorberatung im Bezirksausschuss. Der Antragsteller habe eine Planung vorgelegt, zu der von der Verwaltung zwei Alternativ-Standorte in die Diskussion gebracht wurden. Im Bezirksausschuss sei zunächst vorgeschlagen worden, neben der Alternative 2 (Standort hinter dem Altenteilerwohnhaus) auch die ursprüngliche Planung (Standort parallel zur Landstraße) als Standort des Stalles in Betracht zu ziehen. Letztendlich habe der Bezirksausschuss vorgeschlagen, das gemeindliche Einvernehmen zu der Alternative 2 zu erteilen. Nach einer erneuten Beratung in der Fraktion sei sie jedoch zu der Erkenntnis gelangt, dass als Standort auch die ursprüngliche Planung in Betracht komme, wenn der Stall 15 m von der Straße abrückt. Das von der Verwaltung angeführte Argument, dass bei Errichtung des Stalles parallel zur Landstraße die Sicht auf die Stadt beeinträchtigt werde, könne sie nicht nachvollziehen.

Frau Dirks macht deutlich, dass die Verwaltung bei ihrer Einschätzung bleibe. Da es in diesem Fall Alternativ-Standorte gebe, sollte die Alternative bevorzugt werden, die auf das Landschaftsbild die geringsten Auswirkungen habe. Außerdem habe der Bezirksausschuss sicherlich nicht ohne Grund so beschlossen.

Herr Wieling bekräftigt, dass der Ausschuss hier die Möglichkeit habe, einen besseren Standort vorzugeben. In der vorherigen Diskussion sei es doch von Seiten der CDU-Fraktion als Vorteil angesehen worden, dass in jedem Einzelfall entschieden und Einfluss genommen werden könne. Nach seiner Meinung sei der Stall bei der Alternative 2 hinter den Gebäuden besser platziert, zumal dort auch besser ein zweiter Stall dahinter gebaut werden könne.

Frau Mönning hält der CDU-Fraktion entgegen, dass sie hier Luftblasen und hohle Phrasen verbreite. Einerseits wolle sie über Einzelanträge entscheiden, weil dann etwas verhindert werden könne und jetzt in diesem Fall sehe sie das anders.

Frau Mollenhauer stellt richtig, dass sie sowohl mit der Alternative 2 als auch mit der ursprünglichen Planung leben könne.

Herr Kortmann stellt den Antrag, über die Alternative 2 abzustimmen.

Beschluss:

Im Bereich der Alternative 2 wird ein möglicher Standort genauer überprüft und das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB in

Aussicht gestellt.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

**8. Antrag der CDU-Fraktion vom 29. September 2007
hier: Änderung des Regionalplanes (Neudarstellung von Gewerbe-
gebieten)**

Er habe berichtet, dass zurzeit Gespräche zur Aufstellung des Regionalplanes stattfinden, so Herr Mollenhauer. Während man früher relativ einfach an die Planung herangegangen sei, werde sie heute von der Bezirksregierung wissenschaftlich aufgebaut. Dabei werde das Ziel verfolgt, möglichst alle Gemeinden nach einem Schema gleich zu behandeln. Zunächst würden die allgemeinen Flächenbedarfe festgestellt und dann werde den Gemeinden ein Flexibilitätszuschlag gegeben. Eingebunden werde z. B. der Arbeitsmarkt und ein Zuschlag, der sich aus dem Wohnbaubereich ergebe sowie der demografische Wandel. Daraus ergebe sich dann der Flächenbedarf, der den Kommunen zugebilligt werde. Dabei sei es Grundziel der gesamten Überlegungen, den Gemeinden das Flächenpotential bis 2025 zuzubilligen.

Eine Besonderheit, die es früher nicht gegeben habe, sei der Airport-Park, der allen Gemeinden angerechnet werde, weil er in dieser Region liege. Es seien bestimmte Abstände definiert worden; Kommunen, die weiter von dem Airport-Park entfernt lägen, würde nicht so viel abgezogen, wie näher liegende. Für Billerbeck würde das bedeuten, dass ca. 1,1 ha der gewerblichen Flächen eingebüßt würden, wobei insgesamt eine Gewerbefläche von 23,7 ha zugebilligt werde.

Offiziell werde voraussichtlich im Herbst nächsten Jahres über die Ergebnisplanung beraten werden.

Herr Wieling hält der Antrag stellenden CDU-Fraktion entgegen, dass es nicht um die Neudarstellung von Gewerbegebieten gehe, sondern darum, die bestehenden Gewerbeflächen zu nutzen und das tue sie seit 8 – 10 Jahren nicht. In Hamern komme man seit 3 Jahren nicht weiter. Außerdem werde es ja grundsätzlich nicht einfacher an die Flächen heranzukommen, wenn noch weitere Flächen durch die Änderung des Regionalplanes hinzukommen.

Es sei nicht so, dass 10 Jahre lang nichts passiert sei, so Herr Dübbelde. Das Planverfahren für die Erweiterung des Gewerbegebietes in Hamern sei doch beschlossen worden.

Frau Mollenhauer ergänzt, dass der SPD-Fraktion doch auch bekannt sei, wie schwierig die Überplanung der restlichen Flächen im Gewerbegebiet Hamern sei. Der CDU-Antrag bezwecke doch die langfristige Planung.

Herr Wieling stellt fest, dass es sich bei dem was jetzt laufe, um seinen Antrag gehandelt habe. Die CDU-Fraktion habe vielmehr beschlossen, die Weiterentwicklung in Hamern abubrechen.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 5. November 2007

hier: Verbesserung der Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer im Bereich des Jüdischen Friedhofes

Herr Mollenhauer berichtet, dass im Rahmen eines Ortstermines am Jüdischen Friedhof die Situation mit dem Landesbetrieb, dem Straßenverkehrsamt und der Polizei erörtert wurde. Im Ergebnis seien sich alle Teilnehmer einig gewesen, dass eine Querung an der Stelle nicht gefördert werden dürfe. Ziel sollte es sein, am Abzweig dieses Weges an der Seite des Anwesens Elpers möglichst einen Schlagbaum anzulegen, um deutlich zu machen, dass dieser Weg nicht genutzt werden dürfe.

Die Sicht kommend von dem Weg nach links sei sehr ungünstig und könne aufgrund der Kurvenlage auch nicht deutlich verbessert werden. Ein Gedanke sei gewesen, ggf. eine Querungshilfe anzulegen. Einerseits würde diese die Situation von Elpers kommend nicht verbessern und andererseits würde sie baulich nicht angelegt werden können, da dann die Ein- und Ausfahrt in Elpers Weg nicht mehr mit größeren Fahrzeugen möglich wäre (Schleppkurven). Außerdem wäre die Breite nicht vorhanden und nur mit größeren Kosten herzustellen. Im Grunde könne man also nur versuchen, auf die Fußgänger Einfluss zu nehmen, dass sie den Weg über die Ampel an der Feuerwache nutzen. Darüber hinaus müssten mit Herrn Elpers Gespräche über das Aufstellen einer Schranke geführt werden, da der Weg privat ist.

Herr Becks weist darauf hin, dass die Neugestaltung des Eingangsbereiches zum Jüdischen Friedhof zum Überqueren der Landstraße einlade. Er vermute, dass das Aufstellen einer Schranke nicht helfen werde. Jetzt sei das Berkelaunenprojekt abgeschlossen und viel Geld verbaut worden, dennoch schaffe man es nicht, hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Herr Spengler regt eine optische Absperrung auf der Seite des Jüdischen Friedhofes durch das Weiterziehen des Grünstreifens an.

Herr Mollenhauer verweist auf die Zufahrt zur Auenfläche. Diese müsse für die Bewirtschaftung befahren werden können.

Herr Becks bittet dennoch zu überprüfen, ob auf der Seite des Jüdischen Friedhofes ein Hindernis installiert werden könne.

Herr Mollenhauer ergänzt daraufhin, dass im Bereich des Jüdischen Friedhofes auch Schächte liegen, die angefahren werden müssen.

10. Mitteilungen

10.1. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die bei Bedarf vorgesehene Sitzung des Betriebsausschusses am 12. Dezember 2007 ausfalle.

10.2. Laub auf dem Bürgersteig Nottulner Straße - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Hinweis des Herrn Dübbelde, dass im letzten Jahr das Laub im Bereich des stillgelegten Abzweiges Nottulner Straße liegen geblieben und es auf dem Bürgersteig sehr rutschig gewesen sei und teilt mit, dass die Fläche in dieser Periode bereits zwei Mal vom Laub befreit wurde.

10.3. Optimierung der Beleuchtung Beerlager Straße - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zu der Anfrage von Herrn Brunn bzgl. der Optimierung der Beleuchtung Beerlager Straße mit, dass zwei zusätzliche Peitschenleuchten aufgestellt werden.

10.4. Entfernen von Bäumen und Pflanzbeeten - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf Hinweise bzw. Fragen von Herrn Roggenkamp und Herrn Becks, wonach im Wüllen mehrere Bäume entfernt worden seien und ob hierfür Ersatz angepflanzt würde. Er teilt mit, dass als Ersatz für den von einem Müllfahrzeug umgefahrenen Baum im Wüllen durch den städt. Bauhof im Grünbeet am Ostwall ein neuer gepflanzt worden sei. Darüber hinaus seien im Eingangsbereich zum Wohngebiet Wüllen in der Pflanzperiode 2006/07 mehrere trockene Rotdornbäume entfernt worden. Als Ersatzbäume seien dafür an den gleichen Stellen überwiegend Ebereschen gepflanzt worden. Falls durch diese Maßnahme Verkehrsschilder verdeckt werden sollten, würden die Bäume fachmännisch beschnitten, so dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist.

In Höhe des Hauses Karl-Wagenfeld-Straße 31 sei aus verkehrstechnischen Gründen ein Baumbeet entfernt worden. Eine Ersatzanpflanzung sei in der Grünfläche am Esch erfolgt.

Im Monat November seien durch das Personal des städt. Bauhofes auf Anregung einiger Anlieger die Wallhecken auf dem Spielplatz „Am Wüllen“ und des angrenzenden Wanderweges „auf den Stock gesetzt“ worden, dabei seien keine Bäume gefällt worden. Die Heckenpflanzen würden wieder austreiben, so dass keine Ersatzanpflanzung erforderlich werde.

11. Anfragen

11.1. Entfernen von Bäumen - Herr Roggenkamp

Herr Roggenkamp weist darauf hin, dass seine Anfrage in der Ratssitzung am 15. November 2007 nicht richtig protokolliert und deshalb auch heute nicht richtig beantwortet worden sei. Im Zusammenhang mit der Beerlager Straße habe er darauf hingewiesen, dass dort ein Baum vor einem Verkehrsschild stehe. Er habe gefragt, ob später der Baum gefällt oder das Schild versetzt werde.

Des Weiteren habe er darauf hingewiesen, dass auf der Natz-Thier-Straße fast sämtliche Pflanzbeete entfernt worden seien, er wolle wissen warum.

Herr Mollenhauer sagt Beantwortung der Anfragen zu.

Herr Becks merkt an, dass er die Anfrage bzgl. der Pflanzbeete bereits mehrere Male gestellt habe und er sich auf eine klare Antwort freue.

11.2. 100-Alleen-Programm - Herr Wieling

Herr Wieling erkundigt sich, bis wann über die Maßnahme entschieden werden müsse und ob evtl. noch Zeit bleibe, diese zu modifizieren oder über das Rückholrecht des Rates eine Möglichkeit bestehe. Er sehe die von den Anliegern vorgebrachten Argumente gegen die Anlegung der Allee in Hamern als nicht so gravierend an. Skandalös finde er aber, dass die Sachfrage - Anlegung der Allee - seitens der Anlieger verknüpft werde mit einer Drohung bzgl. des Radweges Hamern.

Herr Mollenhauer legt dar, dass der Bezirksausschuss vorberaten und der Umwelt- und Denkmalausschuss einen abschließenden Beschluss gefasst habe. Am Tag der Sitzung des Umwelt- und Denkmalausschusses sei aufgrund der am Vortag im Bezirksausschuss geführten Diskussion bei der Bezirksregierung nachgefragt worden, ob die Fördermittel auf eine andere Trasse übertragen werden können. Lt. Aussage der Bezirksregierung seien die Fördermittel zweckgebunden. Innerhalb eines Tages hätte eine andere Regelung gefunden werden müssen. Das Geld stehe jetzt nicht mehr zur Verfügung. Da das Förderprogramm über mehrere Jahre bestehe, wäre es theoretisch möglich, einen neuen Antrag zu stellen.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin